

# Saale-Zeitung.

Achtundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 10 Pfg. berechnet und in der Expedition, von welchen Anzeigenstellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bekanntlich die 60 Pfg. erscheint wöchentlich einmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. (Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

**Bezugspreis**  
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., vierteljährlich 2 M., einmonatlich 1 M., alle Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.  
Nr. 3882 des amtl. Zeit.-Verz.  
Für die Redaktion verantwortlich: Hans Pankas in Halle.  
[Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.]  
Halle-Str. 17a.

Nr. 427.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 12. September

1894.

### Deutsches Reich.

**Noch eine Unterredung mit dem russischen Finanzminister.**

Auch einem Mitarbeiter der „Neuen Fr. Pr.“ hat Herr Witte in Abbazia, wo er zur Zeit weilte, eine Unterredung gewährt. Die Neuigkeiten des russischen Ministers waren diesmal noch friedlicher, als die bereits gestern mitgetheilten. Herr Witte betonte, Rußland denke nicht an Krieg wegen Ungarns, so lange andere Mächte die gleiche Entschlossenheit beobachten. In den letzten sechs Jahren sei die Gefahr eines Krieges zweifellos nahe genug gewesen, aber der Wille des Zaren habe den Frieden erhalten. Wenn er eine andere Meinung gehabt hätte, so hätten wir Krieg gehabt. In so vielen Jahren habe der Zar nicht eine Kriegserklärung eines Krieges hinzugeben dürfen. Man denke doch an die Niederhalten Rußens anderer Herrscher, die bald auf ihren Särge gestürzt, bald auf den Hüften angeschlagen haben. Aber er habe man kriegerische Reden hören müssen. Aber der Zar habe nie geantwortet, und doch sei er in freierer Lage, denn sein Wille sei absolut. Kronradik und Tonen waren umgebungen, die nur aus den Sympathien beider Völker entsprungen sind. Niemand seit dem deutsch-französischen Kriege sei der Friede so geschäftig wie gegenwärtig gewesen. Er sehe keinen Anlaß zu irgend einer Verwicklung. In Bezug auf die Stellung zur Türkei meinte er, Rußland wünsche nur die Freiheit der Schifffahrt in den Dardanellen. Der Bestand der Türkei stehe dabei ganz außer Frage. Seit dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages habe sich die politische Lage in Europa wesentlich gebessert. Der Friede sei gefestigt.

### Steuerliches.

Wenn mit dem Beginn des nächsten Jahres die Veranlagungs-Kommissionen ihre Arbeiten zur Einbringung in die Einkommensteuer-Tarifklassen für 1895/96 vornehmen werden, werden sie den Kreis ihrer Tätigkeit erweitert vorfinden. In der ersten Zeit werden diese Kommissionen auch zum ersten Male die Veranlagung der Steuerpflichtigen zur Ergänzungsteuer vorzunehmen haben. Es ist natürlich, daß die Besorgnisse der Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen schon jetzt sich auf die neuen Arbeiten einzurichten beginnen, um so mehr, als ihnen auch die Aufgabe zufallen wird, die Gesetze für die Vorbereitung der Veranlagung zur Ergänzungsteuer zu stehenden Organen zu leiten. Die letzteren, die logen. Ergänzungsteuerpflichtigen, werden noch vor den Veranlagungskommissionen mit ihrer jährlichen Tätigkeit zu Ende kommen müssen. Sie haben die zur Veranlagung der Steuerpflichtigen erforderlichen Werthermittelungen vorzunehmen und den Werth der steuerbaren Vermögen, insbesondere die Werthe der im Veranlagungsbezirk gelegenen Grundstücke, sowie die Werthe der gewerblichen Anlagen und Betriebskapitalien zu begutachten. Aus der Verschiedenheit der Aufgaben, welche den Veranlagungskommissionen und den Ergänzungsteuerpflichtigen übertragen sind, geht hervor, daß der größere Theil der infolge der Einführung der Ergänzungsteuer bevorstehenden Mehrarbeit auf die letzteren entfallen wird. Man hat, um schriftliche Mittheilungen zu vermeiden, gut daran getan, in die Ergänzungsteuerpflichtigen Mitglieder der Veranlagungskommissionen hineinzunehmen. Wenn die Regierung aufpassen wird Mitglieder in die Ausschüsse aufzunehmen, so wird sie natürlich Berücksichtigung auszuwählen, welche mit den Verhältnissen des Grundbesitzes und des Gewerbes im Veranlagungsbezirk vertraut sind. Auf das prompte Funktionieren der Ergänzungsteuerpflichtigen wird bei der Veranlagung zur Ergänzungsteuer viel ankommen. Natürlich werden die Arbeiten derselben sich um so schneller erledigen lassen, je größer die in ihnen vertretene Sachkenntnis ist. Um eine schnelle und genaue Ermittlung des Veranlagungswerthes der Grundstücke zu verhüten, dürfte regierungsgemäß Werth auf die Zugiehung von Katasterbeamten zu den Ergänzungsteuerpflichtigen gelegt werden, weil diese infolge ihrer amtlichen Thätigkeit über eine reiche Kenntniss auf diesem Gebiete verfügen. In die Werthermittelung durch die Ergänzungsteuerpflichtigen gut vorbereitet, so kann die Mehrarbeit, welche die Veranlagungskommissionen von der Ergänzungsteuer haben werden, nicht mehr sehr groß sein. Die Vorsitzenden dieser Kommissionen, denen eine Thätigkeit in beiden Organen zufällt, werden allerdings die neue Last allein kaum bewältigen können. Dagegen aber, daß die ihnen zur Verarbeitung der Einkommensteuer zugeordneten Hilfsbeamten auch bei der Verarbeitung der auf die Ergänzungsteuer bezüglichen Angelegenheiten beauftragt werden können, ist gefordert, daß ihre Arbeiten in der gegebenen Frist erledigt werden können.

### Die Reorganisation der Zoll- und Steuerverwaltung.

Ueber die Reorganisation der Zoll- und Steuerverwaltung, von der schon mehrfach die Rede war, wird ein befriedigendes Schweigen bewahrt. Nach hier und da aufzufassenden Nachrichten soll man damit umgehen, an die Stelle der Hauptzoll- und Hauptsteuerämter künftig Zoll- und Steuerdirektionen nach Art der früheren hannoverschen Einrichtung treten zu lassen, wo noch direkte und indirekte Steuern konzentriert waren. Die Bezirke dieser Direktionen würden die selben mehrere Hauptämter umfassen. Der Vorsteher einer solchen Behörde würde den Rang eines Regierungsrathes oder Ober-Regierungsrathes haben und der Titel Zoll- und Steuerdirektor führen. Die jetzigen Oberzoll- und Obersteuerverwalter, sowie die Ober-Verwalter würden als die Stellvertreter dieser Direktoren und als die eigentlichen technischen Leiter der Behörde mit dem Titel Ober-Inspektor fungieren.

Eine große Anzahl der jetzigen Ober-Inspektoren würde bei Einführung dieser neuen Einrichtung in den Ruhestand treten oder zur Disposition gestellt werden; auch würde eine geringe Ersparrung an Oberbeamten eintreten.

### Zur Reform der Eisenbahnverwaltung.

Den infolge Neuordnung des Verwaltungssystems der preussischen Staatsbahnen im nächsten Jahre disponibel werdenden Beamten sind namentlich die nöthigen Aufschlüsse über ihre zukünftigen Verhältnisse zuzugangen. Es ist befremdend, in welcher Weise man gegen die Beamten verfahren ist. Beamte, welche bereits 65 Jahre alt sind, erhalten Vorträge auf die Dauer von fünf Jahren, während andere noch arbeitsfähige Beamte unter 65 Jahren einfach pensionirt werden. Man kann zwar ein noch nicht 65 Jahre alter Staatsbeamter nicht ohne weiteres pensionirt werden, wenn nicht vollständige Dienstunfähigkeit vorliegt. Aber das Urtheil über die Dienstunfähigkeit eines Beamten steht nach dem Gesetze nur der Behörde zu, sie hat es also in der Hand, mit Leichtigkeit unthätige Beamte im Wege der Pensionirung, die dem Staate weniger wie die Stellung auf Vorträge kostet, los zu werden. Verschiedene Beamte haben durch eine Eingabe an den Minister der öffentlichen Arbeiten gegen die ausgesprochene Pensionirung Widerspruch erhoben, sind aber abschlägig beschieden worden. Es steht ihnen nur noch der Rekurs an das Staatsministerium offen, aber auch dessen Entscheidung wird nach der Ueberzeugung der Beamten kaum anders lauten. Aber nicht nur Beamte im Alter von 65 Jahren sind auf Vorträge gestellt worden, sondern auch solche, welche sich noch im Anfang ihrer Laufbahn befinden und kaum das vierzigste Lebensjahr erreicht haben. Diesen kam natürlich die Stellung auf Vorträge sehr überaus und sie sind bei den geringen Gehältern, welche sie gegenwärtig beziehen, keineswegs sehr erfreut über ihr zukünftiges Loos. Wie es heißt, sollen diese jüngerer auf Vorträge gestellten Beamten Anstalts haben, bei der Verwaltung des Nord-Ostsee-Kanals von neuem angestellt zu werden.

### Antimilitärisches.

Am Sonntag ist in Düsseldorf eine Vertrauensmänner-Versammlung des Deutsch-sozialen Partei-Verbandes der Rheinprovinz abgehalten worden, welche sich mit dem Zusammenfluße der verschiedenen antimilitärischen Richtungen befaßte. Bei den Besprechungen theilte wie die „Tagl. Rundschau“ berichtet, der Abg. v. Riebermann diejenigen Punkte mit, die durch Verhandlungen mit dem Führer der Reformpartei, dem Abg. Zimmermann, vereinbart worden sind und die Grundlage für die gemeinsame Veranlagung der Vorstände Anfang Oktober bilden sollen. Einer dieser sieben Punkte lautet:

Im Reichstage soll die Einigung schon bei Beginn der neuen Reichstagsperiode durch Bildung einer Fraktion der vereinigten Antimilitaristen zum Ausdruck gelangen. Alwardt kann eventuell als Hospitant aufgenommen werden.

Auf eine Anfrage, wie die Norddeutsche Vereinigung sich zu dem Einigungswerte stelle, antwortete der Abg. v. Riebermann, daß sowohl der Vorsitzende der Reform- als der Vorstand der deutsch-sozialen Partei darüber einig seien, daß die Norddeutsche Vereinigung ihren eigenen Beschlüssen zufolge zur Reformpartei zu rechnen sei. Aus einem Leitartikel der von Herrn Alwardt herausgegebenen „Wohlf. Reform“ sei zu schließen, daß der genannte Abgeordnete gefonnen sei, seine eigenen Wege weiter zu gehen.

### Verschiedene Mittheilungen.

Die „Berl. Neue Nachr.“ theilen mit, daß den Beamten der künftigen Regierung in Polen die Theilnahme an der Arbeit auf dem Gebiet, die von Polen aus stattfinden wird, ausdrücklich untersagt werden soll. Die jetzigen Beamten der Provinz v. Wilamowitz sei so weit gegangen, zwei Herren, welche bei der Veranlagung der Grundbesitzer eine hervorragende Rolle spielten, von der ihnen bisher zugehörigen Theilnahme an den Verhandlungen über die Anbahnung der Grundbesitzerangelegenheiten hinterher in der ausgesprochenen Absicht, die sie als Verhandlungen theilnehmenden polnischen Herren nicht zu verlegen, auszuschließen. Wir glauben, daß diese Nachricht sich als unbegründet erweisen wird.

Die Maßnahmen, die von der Heeresverwaltung zur Erleichterung des Infanteriegepäcks getroffen sind, sollen sich im allgemeinen gut bewähren. Nur über das neue große Fortleben löse man Klagen, die bei der Verordnungsung nicht aufzufassen. Bemerkenswert ist das neue für die warme Jahreszeit geeignete Fortleben, die seit im vergangenen Jahre in diesem Jahre schon im August und Anfang September haben, erscheint das Fortleben ungenügend, dessen Qualität überaus an Bedeutung unterliegt. Der größte Lebensbedarf liegt aber darin, daß das Fortleben sehr leicht zu machen ist.

Zur Unterthugensache gegen die des Landesverrats angeklagte Frau Zimmer wird der „Holl. Zig.“ geschrieben, daß sie bei beiden Verurtheilungen, die sie im Gefängnis wurde und die zu ihrer Verbannung führten, Fragebogen über die zur Zeit von der meyer Artillerie in Hagenau stattfindenden Geschießungen gegeben sind. Diese Bogen waren ausgefüllt; zugleich war auch ein Bänder beigegeben. Inwiefern hier Geheimnisse technischer Art vorliegen, kann der Reichsanwalt wohl kaum selbständig entscheiden, sondern die Fragebogen dürfen sich zur Zeit in Berlin bei dem Kriegsministerium befinden, um die Vorfrage zur Entscheidung zu bringen, ob es sich hier überhaupt um Verath von militärischen Geheimnissen handelt. Erst nach Beantwortung dieser Vorfrage kann der Reichsanwalt das Reichsgericht die Anklage erheben oder die Angeklagten außer Verfolgung setzen.

Die Neuregelung des Präparandenwesens, welche vom Kultusministerium in Aussicht genommen ist, soll sich vor allem auf den Vorposten der Präparandenanstalten beziehen. Durch die einheitliche Regelung des Präparandenwesens wird man den vielfach bestehenden Uebelstand beseitigen, daß in der letzten

Seminarklasse dieselben Stoffe und Penen behandelt werden, die schon in der Präparandenanstalt genügende Uebrigung gefunden haben.

In dem Berliner Arbeiterverein hielt der bekannte Fabrikbesitzer Heinrich Freese, der Wohlthäter des Vereins, einen Vortrag über die Arbeit zeitl. Herr Freese führte aus, daß in seiner Fabrik durch freie Vertheilung mit den Arbeiten die Arbeitszeit zuerst von 9 1/2 auf 9 und dann von 9 auf 8 Stunden herabgesetzt worden sei. Die Accidien seien nicht erhöht worden. Die Uebereinstimmung der Arbeitszeit sei infolge der Vertheilung der Arbeit fröhlicher und lebendiger geworden. Die Erspornis an Produktion, Heizung und Geben der Maschinen in der Zeit über 8 Stunden pro Tag wäre ein besonderer Vortheil, da das erforderliche Arbeitsquantum doch geleistet werde.

Der Innungsverband deutscher Angewandter Meister hat am Sonntag in Köln seinen Delegirten abgehalten. Der Verband beschloß u. a. Resolutionen auf Einräumung eines Grundrechts an Handwerker für die Handwerker in der Form von Scheckbüchern und auf Gleichberechtigung der Werklohnarbeiter der Handwerker mit dem realen Werth der Waare bei Zwangsvertheilungen, ferner auf Erweiterung der Beschäftigung öffentlicher Bauten an die Innungsmitglieder.

In der Praxis der Unfallversicherung ist kürzlich die interessante Entscheidung getroffen worden, daß das sechs-jährige Kind für erbschaftsberechtigt erklärt worden ist. Der sechs-jährige Sohn eines Unwirths ist auf Anordnung seines Vaters am Schwimmbad einer Stiefmutter beschäftigt, wurde hierbei vom Bade ertränkt und so schwer verletzt, daß ein Fuß amputirt werden mußte. Das Schiedsgericht verurtheilte die Verantwortliche Unfallversicherungsgesellschaft zur Entschädigung. Der beim Reichs-Versicherungsamt eingehende Rekurs wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen.

Der Bezirkshauptmann von Tabora, Chef Sigl, ist, wie der „Pr.-Ztg.“ aus einem Privatbriefe aus Olmitz mitgetheilt wird, von seinem Posten in Tabora abgesetzt worden und soll sich jetzt einiger Zeit bereits an der Küste befinden. Seine weitere Verwendung im Kolonialdienst sollte in Frage. Dieser Meldung wird hinzugefügt: Der Gouverneur bestatigt den Bericht zur Durchsicht zu bringen, daß der Wirthsbesitzer des Müllers-Versteherbros unterstellt ist. Dort, wo der Zivilbeamte ein alter erfahrener „Aktionär“, der Müllers-Versteherbros ein ganz junger Mann ist, wie das in Tabora der Fall war, können Konstellationen nicht entstehen. In der Tat ist er nicht der ältere Offizier in Olmitz; er war schon als Lieutenant in der Wismarschen Schütztruppe.

Im Wahlkreise Stendal-Mecklenburg läßt gegenwärtig die Sozialdemokratie der Wahlkreise durch einen Herrn T. E. in Golluburg bestehen und hält derselbe unter freiem Himmel auf Golluburgsplan die Vorträge ab.

Als Beweis für den nächsten Aufschwung des Volkenthums auch abwärts der Naupziger werden dann gelten, daß in Brandenburg an d. Odr. gleich viele neue politische Betimmungen auf einmal erscheinen werden.

### Der Krieg um Korea.

Aus Shanghai kommen jetzt Meldungen von 10. d., nach welchen die Situation der Chinesen auf dem Kriegsschauplatz eine recht bedenkliche wäre. In einer dieser Meldungen heißt es, daß die Japaner die chinesische Armee im Norden Koreas eingeschlossen haben. Der Proviant ist den Chinesen ausgegangen und die Posten der Meereiter werden geschloffen, um sich Lebensmittel zu verschaffen. Von Japan kommt die Meldung, daß die Regierung alle bisher in den Docks befindlichen ausländischen Ausländer entlassen hat. Der Grund soll sein, damit das Ausland nicht erfährt, daß auch die japanischen Kriegsschiffe in den stattgefundenen Seegefechten stark beschädigt worden sind. Der Kreuzer „Yajuyama Kan“ ist in Nagasaki ins Dock gegangen, um reparirt zu werden. Das Dock wird streng bewacht. Niemand erfährt, wie weit das Schiff mitgenommen worden ist. Auch die japanischen Zeitungen geben zu, daß die japanischen Truppen nördlich von Soul von dem beständig regner der letzten Wochen viel gelitten haben. Zum chinesischen Vorgehen wurden Seuchen. Am Vorabend des Flusses Incheon haben 38.000 Mann Chinesen und warten nur auf besseres Wetter, um zum Angriff vorzugehen.

Eine anderweite Meldung besagt: Die chinesische Armee in Nord-Korea befindet sich in erbärmlichem Zustand. Die Offiziere sind unzufrieden. Die Ueberführungswagen haben die Wege fortgewaschen. Der Transport durch die Mandchurien ist unmöglich geworden. Kanonen, Munition und Proviant folgen können nicht vorwärts. Die japanischen Schiffe blockieren die Küste Koreas so sehr, daß nicht das kleinste mit Vorbrücken beladene Schiff die Uferlinie durchbrechen kann. Die japanische Armee bedroht schon die Flanke der Chinesen und soll sie schon von allen Seiten eingeschloffen haben. Vor vierzehn Tagen erhielten alle chinesischen Geschwader den Befehl, sich im Golf von Pechili zu konzentriren. Der Befehl ist aber niemals ausgeführt worden. Niemand hat das Vertrauen zu Admiral Ting, daß er auch nur den Golf von Pechili gegen die japanische Flotte halten kann. Die Mandchurien erleben das für Kriegszwecke nöthige Geld auf acht chinesische Weile. Ohne Erbarmen lassen sie jeden Kaufmann oder andere, der Geld besitzt, bluten. Ihm sei es nicht, so wird ihr Vermögen konfisziert.

### Wissenschaft. Ankl. Literat.

Auf den Waldreiser, welche Goethe von 1788 bis 1822 unternahm, berichtet er über das Gebiet von Aich in Wöhrden und weite dann gern bei einem Besuche nach Gaisau an der Straße Aich-Gar. Dort wurde ihm eine Gedächtnis im August 1846 erwirkt und der Hellen „Goethe-Steu“ genannt. Da die Tafel im Laufe der Zeit abhandelt geworden war, wurde eine neue Tafel aus Eisen angebracht am 23. August, dem Geburtsfeste des Dichters, feierlich enthüllt.

